

Andreas Zick

Anna Klein

Fragile Mitte – Feindselige Zustände

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014

Mit Beiträgen von

Eva Groß, Andreas Hövermann und Beate Küpper

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
von Ralf Melzer



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0458-7

Copyright © 2014 by Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediovorstufe, Marburg
Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel GmbH, Ulm
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2014

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

FES Forum
GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | 9 |
| 1 Fragile Zustände | |
| Andreas Zick, Anna Klein | 12 |
| Bruchstellen einer fragilen Mitte | 17 |
| Grenzen der Studie | 21 |
| 2 Untersuchungsanlage, Methodik und Stichprobe der Analysen | |
| Eva Groß | 24 |
| 2.1 Datengrundlage der Analysen | 24 |
| 2.2 Methodik | 26 |
| 2.3 Stichprobe | 29 |
| 3 Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte | |
| Andreas Zick, Anna Klein | 32 |
| 3.1 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen | 35 |
| 3.2 Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen seit 2002 | 43 |
| 3.3 Rechtsextremismus und Verhalten | 46 |
| 3.4 Rechtsextremismus in der Wahrnehmung der Bevölkerung | 54 |
| 3.5 Zusammenfassung | 58 |

4 Menschenfeindliche Zustände

| | |
|--|----|
| Anna Klein, Eva Groß, Andreas Zick | 61 |
| 4.1 Die Verbreitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit | 65 |
| 4.2 Sonderauswertung Antisemitismus im September 2014 | 66 |
| 4.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in demografischen Gruppen | 72 |
| 4.4 Entwicklungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit seit 2002 | 78 |
| 4.5 Menschenfeindliche Zustände? | 83 |

5 Mitten in einer entleerten Demokratie?

| | |
|--|-----|
| Anna Klein | 85 |
| 5.1 Ausmaße der Demokratiekritik | 86 |
| 5.2 Kritik an Demokratie und Gleichwertigkeit | 89 |
| 5.3 Kritik an der Demokratie und Gewaltbereitschaft | 94 |
| 5.4 Demokratische Proteste | 96 |
| 5.5 Potentiale und Gefahren demokratiekritischer Bürgerinnen und Bürger | 101 |

6 Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte?

| | |
|--|-----|
| Eva Groß, Andreas Hövermann | 102 |
| 6.1 Einzelfacetten von marktförmigem Extremismus in der deutschen Bevölkerung | 105 |
| 6.2 Das Gesamtphänomen marktförmiger Extremismus | 108 |
| 6.3 Bedrohung des Lebensstandards als Motor für marktförmigen Extremismus | 111 |
| 6.4 Das wettbewerbspopulistische Potential | 112 |
| 6.5 Marktförmiger Extremismus und Rechtsextremismus | 115 |
| 6.6 Fazit | 117 |

7 Anti-europäische Reflexe und menschenfeindliche Abgrenzungen

| | |
|---|-----|
| Andreas Zick, Beate Küpper | 119 |
| 7.1 Wie stehen die Deutschen zu Europa? | 121 |
| 7.2 Welchen Anteil hat die ökonomische Krise? | 125 |
| 7.3 Europakritisch = rechts? | 127 |
| 7.4 Geht eine EU-kritische Haltung mit der Abwertung von Südeuropäern einher? | 130 |
| 7.5 Geht eine EU-kritische Haltung mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen einher? | 131 |
| 7.6 Wie nehmen EU-kritische Befragte das Problem Rechtsextremismus wahr? | 134 |
| 7.7 Zusammenfassende Betrachtung | 137 |

8 Bruch- und Nahtstellen eines fragilen Zustands Zusammenfassung und Vorschläge für eine zivilcouragierte Bildung

| | |
|------------------------------------|-----|
| Andreas Zick, Anna Klein | 139 |
|------------------------------------|-----|

Anhang

| | |
|--------------------------------------|-----|
| Glossar | 159 |
| Literatur | 166 |
| Die Autorinnen und Autoren | 174 |

Vorwort

Die Aufarbeitung der Morde des selbsternannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) und ihrer Begleitumstände war in den zurückliegenden Monaten nicht nur von dem Gerichtsprozess in München, sondern auch von mehreren parlamentarischen Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene geprägt. Die Abschlussberichte dieser Untersuchungsausschüsse dokumentieren strukturelle Missstände, Fehlverhalten und Ermittlungsspannen staatlicher Behörden in erschütterndem Ausmaß. Zugleich wird deutlich, dass noch viele Fragen im Zusammenhang mit den Taten dieses rechtsextremen Terrornetzwerks offen bleiben. Dass und wie der »NSU«-Komplex auf die gesamte deutsche Gesellschaft nachwirkt, spiegelt sich auch in den Ergebnissen der repräsentativen Befragung, die der diesjährigen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zugrunde liegt.

Nach 2006, 2008, 2010 und 2012 ist der vorliegende Band die fünfte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich mit rechtsextremen Einstellungen in Deutschland befasst. Zugleich wird erstmals explizit das Analysemodell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) integriert. Nach Beendigung der Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig konnte als Partner für die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld gewonnen werden, an dem zwischen 2002 und 2012 unter Federführung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer und Prof. Dr. Andreas Zick das GMF-Forschungsprojekt angesiedelt war. Die daraus resultierende zehnbändige Reihe der »Deutschen Zustände« und die Reihe der FES-Mitte-Studien werden nun zusammengeführt. Beschrieben werden 2014 die gesellschaftlichen Bruchstellen einer fragilen Mitte.

Rechtsextremismus ist menschenfeindlich. Die verschiedenen Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Bestandteile rechtsextremer Orientierungen, weil Rechtsextremismus im Kern eine Ideologie der Ungleich-

wertigkeit ist, seine ideologische Legitimation also – anders als etwa der Linksextremismus – aus Selbstaufwertung durch Abwertung anderer bezieht. Rechtsextremismus im Kontext der Mitte-Studien heißt also extremes Denken: radikaler Ökonomismus, Europafeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit – häufig in Verbindung mit Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft.

Insgesamt sind rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen, was natürlich zunächst ein erfreulicher Befund ist. Die genaue Analyse der Zahlen ergibt allerdings ein komplexes Bild. Dass knapp 50 % der Befragten der Meinung sind, es sei am besten, die Rechtsextremen zu ignorieren, deutet zum Beispiel auf eine weit verbreitete Abwehrhaltung gegenüber dem Problem hin.

Festzustellen ist auch ein Trend der Verlagerung hin zu subtileren Formen der Abwertung anderer, etwa in Gestalt der Befürwortung von Etabliertenvorrechten, die gegenläufig zum Gesamttrend angestiegen ist, oder in Form eines stark Israelbezogenen Antisemitismus und einer NS-relativierenden Israel-Kritik im Vergleich zu klassischen judenfeindlichen Orientierungen. Mögliche Ursachen für diese Entwicklungen werden in den einzelnen Kapiteln des hier vorliegenden Buches diskutiert. Wie wenig Anlass zu Entwarnung besteht, ist im Sommer 2014 während des Gaza-Krieges auf erschreckende Weise zu Tage getreten, als auch in Deutschland ein unter der Oberfläche gärender, aggressiver und teilweise gewalttätiger Antisemitismus hervorbrach. Die Zahlen belegen das Problem: So ist es zwischen Juni und September 2014 zu einem Anstieg der klassischen Facette des Antisemitismus gekommen.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Herausforderung. Nationalismus und Populismus, die Stigmatisierung von Gruppen und anti-europäische Reflexe als Teil einer (Rück-) Besinnung auf Nationalstaatlichkeit sind auf dem Vormarsch. Zuletzt haben die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 gezeigt, dass sich diese Stimmungen durchaus auch in Wählerstimmen niederschlagen – etwa in Frankreich, wo der Front National 25 % erreicht hat.

Mögen manche Beobachterinnen und Beobachter sogar mit einem noch stärkeren Abschneiden der radikalen Rechten europaweit gerechnet haben: Das Wahlergebnis bedeutet einen Rechtsruck, der die Politik auf europäischer und vielleicht sogar mehr noch auf nationalstaatlicher Ebene verändern wird. In Deutschland war 2014 vor allem ein »Superkommunalwahljahr«, und wiederum konnten Vertreterinnen und Vertreter aus dem rechtsextrem-rechtspopulistischen Spektrum zahlreiche Mandate in kommunalen Parlamenten erringen. Wenn bei all dem der Rückgang rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung teilweise auch an den verstärkten Anstrengungen in Politik, Zivilgesellschaft und im Bildungsbereich läge, dann wäre das ein schöner Erfolg. Jedoch gilt es, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch weiterhin entschieden und kontinuierlich fortzusetzen. Umso wichtiger erscheinen da die Handlungsfelder politischer Bildungsarbeit, die am Ende dieses Buches formuliert werden.

Der herzliche Dank des Herausgebers gilt allen Autorinnen und Autoren sowie dem gesamten Team des IKG in Bielefeld für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Gleiches gilt für die Kolleginnen und Kollegen des Verlags J. H. W. Dietz Nachf. in Bonn. Stellvertretend sei an dieser Stelle Dr. Alexander Behrens genannt, in dessen bewährten Händen das Lektorat auch dieser Mitte-Studie lag.

Berlin, im Oktober 2014

Dr. Ralf Melzer
Leiter des Arbeitsbereichs »Gegen Rechtsextremismus«
im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung

1 Fragile Zustände

Andreas Zick, Anna Klein

Der Zustand einer Gesellschaft bemisst sich an vielen Kriterien. In Deutschland berechnen viele Menschen ihn zuvorderst an Fragen der Sicherheit, und dabei vor allem an ökonomischer Sicherheit. Es geht dabei um mehr oder minder objektive Erfolge oder Misserfolge, die den Zustand als gut oder eben schlecht und problematisch erscheinen lassen. In gewisser Weise folgt dies einer Logik, nach der die ökonomische Lage einer Gesellschaft alles andere bestimmt: Geht es ökonomisch gut, dann kann der Rest auch gut sein.

Dieser ökonomische und – in ideologischer Verdichtung – ökonomistische Blick durchflutet alle Bereiche, eben auch jene Bereiche, die den Zustand einer Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland viel besser beschreiben sollten. Gemeint ist der soziale Zustand der Gesellschaft, wie wir ihn über viele Jahre hinweg am Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld in den »Deutschen Zuständen«¹ beobachtet haben. Der soziale Zustand ist komplexer, vielschichtiger und sehr viel schwieriger zu bestimmen als ökonomische und demografische Indikatoren, und dennoch ist er mit Blick auf die Verfasstheit von Gesellschaften wie der BRD weitaus wichtiger, denn: Der deutsche Zustand bemisst sich letztendlich an der Verfassung, die das Land sich gegeben hat und ihrer Verwirklichung. Diese Verfassung definiert den Zustand an dem zentralen Kriterium der Freiheit und Gleichwertigkeit von Personen und Gruppen in Gesellschaften. Das Credo der Gleichwertigkeit ist der sensibelste Gradmesser der gesellschaftlichen Lage einer Demokratie. Es geht um die Frage von Integration oder Desintegration, Anerkennung oder Missachtung, Chancen oder Diskriminierungen.

1 Reihe »Deutsche Zustände«, hg. v. W. Heitmeyer, 2002–2012, im Suhrkamp Verlag.

Um diesen Zustand geht es auch in den Studien zu *rechtsextremen Einstellungen*, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gibt und die wir in dem vorliegenden Band mit den Studien zum *deutschen Zustand* zusammenführen. Seit 2006 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit den Wissenschaftlern Elmar Brähler und Oliver Decker (Leipzig) in den Mitte-Studien vor allem Einstellungen untersucht, die in extremer Weise die Gleichwertigkeit angreifen und damit den Zustand der Gesellschaft für Personen und Gruppen in besonders scharfer Form desintegrativ werden lassen.² Der Blick war auf die rechtsextremen Mentalitäten und Einstellungen gerichtet und die Frage, inwieweit diese auch außerhalb ihres Ursprungsmilieus, den rechtsextremen Gruppen, so weit in der Bevölkerung verbreitet sind, dass die These vom Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft aufrechterhalten werden kann. Diese Linie von Brähler/Decker wird sowohl mit der hier vorliegenden Publikation in neuer Konstellation weiterverfolgt, als auch von den früheren Autoren selbst als »Leipziger Mitte-Studien« fortgeführt (Decker, Kiess & Brähler 2014).

In den Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einschließlich einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen europäischen Vergleichsstudie (Zick, Küpper & Hövermann 2011) haben wir vor allem die Frage der Bemessung der Gleichwertigkeit von Gruppen in der Gesellschaft in das Zentrum der Analyse gerückt und dazu viele weitere politische Einstellungen untersucht, als Korrelate und Erklärungsfaktoren wie beispielsweise von der Menschenfeindlichkeit abhängige Meinungen und Verhaltensabsichten. Dabei ging es weniger zentral um die Frage, wie sehr eine Mitte anfällig für Gedanken, Affekte und Verhaltensintentionen ist, die eigentlich dem rechtsextremen Milieu zuzurechnen sind, sondern inwieweit die Integrität und Gleichwertigkeit von Gruppen und Personen, weil sie bestimmten Gruppen angehören, infrage gestellt wird. Es ging weniger um die Frage nach einem mehr oder minder geschlossenen Weltbild, sondern um das stärkste Kriterium demokratisch verfasster Gesellschaften: die Gleichwertigkeit der Menschen. Mithin ging es in den Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit immer um die Etablierung einer Normalität, die für Gruppen und Personen zerstörerisch ist,

2 Zuletzt 2012: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E., Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn (Dietz) 2012.

weil sie ihre verbürgte Gleichwertigkeit angreift oder erst gar nicht entstehen lässt. Es ging um die Normalisierung der Menschenfeindlichkeit in einem Maße, dass die Desintegration und Diskriminierung von Gruppen in der Gesellschaft »normal« erscheint und den Verdacht des Extremistischen, des Abweichenden unterläuft.

Beide Studienformate werden im vorliegenden Band zusammengeführt, weil beide Fragestellungen – rechtsextreme Einstellungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – zusammengehören und die Studien neben vielen anderen Untersuchungen auch Parallelen in der Fragestellung aufweisen. Die langjährige Beobachtung der Vorurteile und Diskriminierungen, der antidemokratischen Mentalitäten, Feindseligkeiten und rechtsextremen Milieus, die wir seit fast zwei Dekaden vornehmen, haben eine hinreichende Evidenz für die These geschaffen, dass weite Teile der deutschen Gesellschaft anfällig dafür sind, andere Gruppen und ihre Mitglieder als ungleichwertig, minderwertig anzusehen oder sogar für »überflüssig« zu halten, sei es aus einer erlernten unbewussten Antipathie oder weil die Ungleichwertigkeit benötigt wird, um eine demokratiegefährdende Ideologie zu rechtfertigen – aber das werden wir später diskutieren.

Es ist dieses Momentum der Zuschreibung von Ungleichwertigkeit, das die bindenden und integrativen Kräfte zerbrechlich, also fragil macht, auf die eine demokratisch verfasste Gesellschaft vertrauen muss. Es öffnet die Schleusen für Diskriminierungen und desintegrative Kräfte, die immer wieder mühsam zu bearbeiten sind, denn da wo Ungleichwertigkeit in Erscheinung tritt, ist ein demokratischer Staat gefordert, dagegen etwas zu tun. Dabei stammen die Affekte und Ideologien der Ungleichwertigkeit aus unterschiedlichen, diversen Quellen. Einerseits legt die Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland – und natürlich ist der Blick hier enorm geprägt vom NSU-Prozess in München – nahe, dass Ungleichwertigkeitsideologien hierzulande massiv von rechtsextremen Milieus in die Mitte der Gesellschaft und wieder zurück an ihre Ränder transportiert worden sind. Andererseits wird durch die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit deutlich, dass sich insbesondere dort rechtsextreme Milieus ausbilden können, wo Ungleichwertigkeiten schon vorhanden sind.

Dabei kann die Ungleichwertigkeit auf recht unterschiedliche Weise in Erscheinung treten. Einerseits kann sie als objektive Lage von Gruppen beschrieben werden, also einer Lage, die prekär, sozial benachteiligt und deshalb schwierig erscheint. Viele Menschen in der Bundesrepublik leben in einer prekären, ungleichwertigen Lage und haben de facto weniger Chancen als andere. Gegen diese Gruppen richtet sich rechtsextreme und menschenfeindliche Propaganda, doch aus einigen prekären Gruppen rekrutieren rechtsextreme Milieus zugleich ihre Unterstützung. Die ungleichwertige Lage erklärt aber nicht per se die Anfälligkeit für antidemokratische Mentalitäten. Viele Menschen, die selbst zu Zielgruppen von menschenfeindlichen Ideologien gehören, leben in solchen Lagen.

Ungleichwertigkeit wird allerdings auch subjektiv empfunden und mit einem Feindschaftsverhältnis gegenüber anderen Gruppen verbunden, was stets im Mittelpunkt der Propaganda steht. Hier erscheint die Ungleichwertigkeit als eine Überzeugung, andere Gruppen oder Personen, die ihnen angehören, seien weniger wert, weniger zur Gesellschaft passend, bedrohlicher, abweichender, abstoßender als andere. Vor dem Hintergrund dieser Ideologie der Ungleichwertigkeit kann sich die ganze Macht von Stereotypen, Vorurteilen und politischen Ideologien der Minderwertigkeit von Gruppen entfalten. Sie ist ein Tor wie auch ein Türöffner für die Zusammenkunft von Menschenfeinden, vor allem von solchen, die dazu eine politische Ideologie haben und diese Ungleichwertigkeitsideologie zur Legitimation ihrer Macht und Dominanz benötigen – wie es eben rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppen tun. Sie öffnen aber auch jenen die Tür, die mit weitaus weniger politischen Ansprüchen ihre bürgerlichen Etabliertenvorrechte wahren oder durchsetzen möchten.

Dabei speist sich die ungeheure Anziehungskraft der Menschenfeindlichkeit aus vielen verschiedenen Quellen. Sie ist immer *gruppenbezogen*, also ein Urteil von Gruppen über andere Gruppen, kein individuelles Urteil über andere Personen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist dann besonders stark in Gesellschaften einzementiert, wenn sie verbindenden Charakter hat und Identität schafft. Dies gelingt ihr auch deshalb, weil sie sich maskieren kann. Sie kann sich in scheinbar individuelle Erfahrungen verkleiden (»Ich kenne jemand, der ...«). Sie kann sich als scheinbare wissenschaftliche Evidenz verkleiden (»Wir

wissen alle, dass ...«). Sie kann offen und bewusst oder indirekt durch ein distanzierendes Verhalten geäußert werden.

Mithin gelingt es Menschenfeindlichkeit im für eine demokratische Gesellschaft schlechtesten Fall, sich zu normalisieren und so zu erscheinen, als sei ihre Akzeptanz nicht nur normal, sondern geradezu geboten. Es ist diese Normalisierung, die uns im vorliegenden Band besonders interessiert, also die »Kraft des Normalen«, die dazu führt, dass rechtsextreme Einstellungen und Menschenfeindlichkeiten in weiten Teilen der Gesellschaft und vor allem in einer normtragenden Mitte akzeptiert, unterstützt oder sogar erzeugt werden.

Demokratische Gesellschaften benötigen starke Gruppen, die (immer wieder) normsetzend, -bildend und -kontrollierend sind und dies im besten Falle ohne staatliche Kontrolle und/oder Aufforderung tun. Wenn sich aber in normbildenden Gruppen Menschenfeindlichkeiten normalisieren, dann hat das massive Auswirkungen auf den Einzug anti-demokratischer Ideologien, wie sie in rechtsextremen Milieus immer wieder und ungeachtet einer Anklage ihrer terroristischen Motivation offenbar werden.

An dieser Stelle kommt der gesellschaftlichen Mitte in vielen Ansätzen der politischen Bildungsarbeit und nach Überzeugung von Anhängern der repräsentativen Demokratie eine besondere Bedeutung zu. Allerdings ist die Mitte ein schwieriges politisches Konstrukt. Sie kann höchst unterschiedlich definiert und interpretiert werden, sei es aus objektiver Sicht oder aus der Innenansicht von Bürgerinnen und Bürgern, die sich selbst als Mitte betrachten (Zick & Küpper 2006). Wir beschreiben sie hier eher als normbildende Mehrheit einer Gesellschaft, als jenen Großteil in einer Gesellschaft, der maßgeblich an der politischen und demokratischen Willensbildung beteiligt ist oder sein kann. Mitte sieht sich selbst meist in Abgrenzung zu den »extremen Rändern« und Subgruppen, die weit vom Konsens abweichen. Sie ist ökonomisch, aber auch sozial zu definieren, objektiv wie subjektiv. Aus jahrelangen Studien wissen wir, dass sich die Mehrheit der Deutschen selbst als Mitte bezeichnen, wenn es etwa um ihre politischen Ansichten geht.

Bruchstellen einer fragilen Mitte

Wir bestimmen den Zustand dieser Mitte im vorliegenden Band als »fragil«. Wir befassen uns also mit der These, dass die normbildende Mitte, soweit wir sie abbilden können, instabil, brüchig ist. Dabei denken wir weniger an den ökonomischen Zustand der Mitte, der sicherlich auch in weiten Teilen fragil ist (Hermann 2012), sondern die Fragilität, die wir meinen, bemisst sich an den Normen und Werten der Gesellschaft. Mit diesem Blick ist eine Mitte zerbrechlich, wenn sie ein bestimmtes Ausmaß an Ungleichwertigkeitsideologien und -affekten aufweist, wenn sie menschenfeindliche Gedanken, Gefühle und Handlungsabsichten hat, die jene Norm unterlaufen, die ihr selbst die Integration in die Gesellschaft garantiert. Fragil ist ihr Zustand zudem, weil sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht zwangsläufig auf Feindseligkeit gegen Andere, die abgewehrt werden, beschränkt, sondern sich im Prinzip gegen alle einschließlichsich selbst wenden kann: Die eigene Feindseligkeit gegen wohnungslose Menschen, arbeitslose Menschen, Menschen mit Behinderung, Ältere, sozial schwache und arme Gruppen schützt nicht davor, einmal selbst zu diesen Gruppen zu gehören.

Dazu können wir uns für einen Moment die gesellschaftliche Mitte wie ein Glashaus vorstellen, wobei damit kein Haus mit gläsernen Bürgerinnen und Bürgern gemeint ist, sondern ein Haus der Transparenz und der gesellschaftlichen Chancen und Risiken. Dass die Mitte fragil ist, bedeutet in diesem Bild: Sie ist dünnhäutig, zerbrechlich und weist eventuell Splitter in ihrem eigenen Selbstbild auf, wenn es um die Frage von Normen und demokratischen Werten geht. Die Splitter stammen dabei aus der Akzeptanz antidemokratischer und verfassungsfeindlicher Meinungen, die vielleicht nicht strafrechtlich relevant sind, aber andere Personen und Gruppen beschädigen. Splitter entstehen schon da, wo eine Mitte sich nicht aus eigenen Kräften über Ungleichwertigkeiten verständigen kann oder sich sogar dem Thema Menschenfeindlichkeit verwehrt und stattdessen Vorurteile reflexhaft den diskriminierten Gruppen oder der Ideologie einer sogenannten »Politischen Korrektheit« zuschreibt, anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Im vorliegenden Band werden wir eine Reihe ausgewählter Bruchstellen untersuchen, um zu prüfen, wie fragil der Zustand der gesellschaftlichen Mitte ist.

Es geht um Bruchstellen, die den Einzug von Ungleichwertigkeiten öffnen und letztendlich damit der Diskriminierung und dem Ausschluss den Weg bahnen. Äußerst zerbrechlich ist dabei eine Gesellschaft, wenn sie Meinungen, Überzeugungen, Affekte und Handlungsabsichten rechtsextremer antidemokratischer Randgruppen aufweist, weil sie sie akzeptiert oder unreflektiert reproduziert.

Die radikalste erste Bruchstelle ist daher die *Akzeptanz rechtsextremer Orientierungen* in der Mitte beziehungsweise in weiten Teilen der Bevölkerung. Wenn Bürgerinnen und Bürger, die selbst nicht rechtsextremen Milieus angehören oder sich sogar davon distanzieren, die Einstellungen dieser Milieus teilen, dann erfüllt sich ein Ziel der extrem rechten Gruppen: die Bestätigung der Annahme, dass man den Volkswillen und Volksmeinungen vertreten würde. Allerdings gehört zu einer Analyse der Frage, wie sehr rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung geteilt werden, unseres Erachtens auch die Frage, welches Verhältnis die Bevölkerung, also die Mitte, zum Phänomen Rechtsextremismus beziehungsweise zu rechtsextremen Gruppen und Handlungen hat (siehe Zick & Hövermann 2013).

Eine zweite Bruchstelle wird umso größer, je länger sich die erste Bruchstelle in die Mitte hineinzieht. Sie besteht in der *Akzeptanz und Befürwortung von menschenfeindlichen Meinungen*, die wiederum Gedanken, Emotionen oder feindseligen Handlungsabsichten repräsentieren. Mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bezeichnen wir Feindseligkeiten gegenüber Gruppen, die in einer Gesellschaft als schwach, abweichend, minderwertig oder zum Beispiel unpassend bezeichnet werden und ein hohes Diskriminierungsrisiko aufweisen. Die Feindseligkeiten können in Vorurteilen, negativen Emotionen, als Hass-Reden oder -Taten erscheinen. Sie sind gruppenbezogen, weil sie eine Ungleichwertigkeit von Gruppen gegenüber Gruppen ausdrücken, auch wenn Personen sie individuell äußern. Wir reden von Menschenfeindlichkeit, weil die unterschiedlichsten Feindseligkeiten miteinander verbunden sind in einem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wer antisemitische Meinungen teilt, hegt meist auch Feindseligkeiten gegen andere Gruppen. Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine besondere Bruchstelle der Demokratie; wohl deshalb hat die gegenwärtige Bundesregierung die Bekämpfung von Rechtsextremismus weit oben auf ihre Agenda gesetzt. Es gibt keine rechtsex-

tremen Orientierungen ohne Menschenfeindlichkeit, aber es gibt Menschenfeindlichkeit auch ohne die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Parteien, Organisationen und Milieus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eint Menschen quer durch die Gesellschaft und ist auch eine Brücke zu vielen anderen Bruchstellen.

Eine solche Bruchstelle erscheint weniger dramatisch, wenn sie weniger gewaltorientiert und ausgrenzend erscheint, sich aber dennoch mit den ersten beiden Stellen verbinden kann. Je mehr Menschen zu der Überzeugung gelangen, dass die Demokratie mit ihren Werten, Normen und Spielregeln zur Kontrolle von Konflikten nicht mehr taugt, desto stärker werden rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungen von diesen Zweifeln und Gefühlen der Ohnmacht profitieren. Die Vorstellung einer (*sinn-*)*entleerten Demokratie* erhöht die Fragilität der Mitte enorm. Sie wird getragen von Misstrauen und dem Gefühl der Entfremdung von der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft. Und sie nährt die Mobilisierung von Kräften, die sich gegen schwächere Gruppen richten.

Eine vierte Bruchstelle entsteht vor allem an den Nahtstellen, wo sich – um im Bild zu bleiben – das Glashaus zusammensetzt. Jede Gesellschaft stellt sich am besten immer wieder die Frage, was ihre Gruppen, ihre Werte und Normen, ihre Wände zusammenhält und wer überhaupt in das Haus hinein und an seinem Schutz partizipieren darf. Dazu bedarf es Kriterien, mit Hilfe derer wir Fragen der Integration beantworten können. Werte und Normen bieten solche Kriterien. In den vergangenen Jahren haben wir beobachten müssen, dass weniger humanistische, zivile und demokratische Werte und Normen für die Menschen relevant sind, um die Frage zu beantworten, wer in der Gesellschaft dazugehört und welchen Platz er oder sie im Haus einnehmen sollen. Vielmehr ziehen immer mehr Wertmaßstäbe der Wirtschaft beziehungsweise Wirtschaftlichkeit, Effizienz und eines überbordenden Individualismus in die Debatte über den Wert und die Gleichheit von Gruppen ein und postulieren, dass Erfolg allein auf Kompetenz und Anstrengung zurückzuführen sei. In der Mitte hat sich ein *marktkonformer und -förmiger Extremismus* eingeschlichen, der insbesondere Feindseligkeiten gegenüber den »Überflüssigen«, also jenen Gruppen, die vermeintlich nicht die harten wirtschaftlichen Faktoren erfüllen, rechtfertigt.

Solche ökonomistischen Orientierungen, mit denen Gruppen und Personen beurteilt werden, erzeugen auch deshalb Risse in der demokratisch verfassten Gesellschaft, weil sie anschlussfähig sind an rechtspopulistische Propaganda: Diese betreibt eine demokratiefeindliche Agitation mit dem Verweis auf die große Bedeutung einer nationalen Wirtschaftsautonomie, auf die Bedrohung liberaler Freiheiten für den Einzelnen, auf die Bedrohung durch scheinbare Fremdgruppen und mit der Forderung von Strafen für alle, die nicht »normal« sind. So versuchen sie Ordnung herzustellen. Im Frühjahr des Jahres 2014 haben viele rechtspopulistische Gruppen und Parteien im Vorfeld der Europawahl Bedrohungsszenarien für die Mitte entworfen, und dabei wurden auch massive Ungleichwertigkeitsideologien über angeblich »schmarotzende« Gruppen im Land angeboten. Der Rechtspopulismus suggeriert, dass die Grenzen um das Haus verletzt werden und die Zäune und Hecken angesichts bedrohlicher Überfremdung hochgezogen werden müssten. So sehr dabei der zunehmenden Verfremdung der Mitte durch Fremde das Wort geredet wird, so sehr weist die Mentalität auch selbst entfremdete Züge von den Regeln demokratischer Konfliktregulation auf.

Verstehen wir die Gesellschaft als ein Haus und bestimmen wir ihre Bruchstellen und Risse, dann können wir nicht ausblenden, dass das »deutsche Haus« Teil einer größeren europäischen Gemeinschaft ist. In diesem deutschen Haus haben sich dank der oben genannten Bruchstellen in den vergangenen Jahren massive *anti-europäische Reflexe* eingeschlichen, die eben sehr eng mit menschenfeindlich-rechtsextremen Bruchstellen verbunden sind und neue Risse entstehen lassen. Diese Bruchstelle ist nicht neu, weil die Europäische Union von ihren Mitgliedern schon immer auch kritisch beäugt wurde und die Frage, ob es jenseits einer Wirtschaftsunion auch eine Gemeinschaft gibt oder geben sollte, unterschiedlich beurteilt wird. Allerdings hat unseres Erachtens eine anti-europäische Haltung als übergeordnete identitätsstiftende Einheit Kräfte, die zu einer Zersplitterung führen können, weil sie verbunden ist mit menschenfeindlichen und antidemokratischen Überzeugungen. Wie sehr eine Europakritik mit einer undifferenzierten Abwertung von Gruppen einhergeht, werden wir prüfen.

Es gibt sicherlich noch weitaus mehr Bruchstellen einer fragilen Mitte beziehungsweise Gesellschaft. Wir beleuchten jene, die uns besonders gefährlich

erscheinen und das fein geschliffene und behütende »Glashaus Demokratie« zum Einsturz bringen können, wenn jene, die sich als Mitte verstehen, selbst Risse erzeugen und am Ende auch noch ignorieren. Wir blicken hier mit einem wissenschaftlichen Instrument auf fünf miteinander verwobenen Bruchstellen:

- **Rechtsextremismus** (☞ siehe Kap. 3)
- **Menschenfeindlichkeiten** (☞ siehe Kap. 4)
- **Demokratieentleerungen** (☞ siehe Kap. 5)
- **Ökonomismus** (☞ siehe Kap. 6)
- **Anti-Europäismus** (☞ siehe Kap. 7)

Während die ersten Bruchstellen relativ hart sind, im Sinne von gewaltorientiert und ausgrenzend, erscheinen letztere weniger hart und erhalten ihre Zersplitterungskraft gerade dadurch, dass sie letztendlich miteinander verbunden sind.

Bei der Vermessung dieser Bruchstellen wenden wir wissenschaftliche Instrumente an. Dem vorliegenden Bericht liegt die Untersuchung ökonomischer Verteilung und der Zusammenhänge von Überzeugungen, Affekten und Handlungsabsichten in einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung zugrunde. Die Befragung in diesem Jahr erfolgte in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum in Duisburg (SUZ)³.

Mit dieser Erhebung schreiben wir auch die Untersuchung rechtsextremer Einstellungen von 2002 bis zum Jahr 2014 fort, berichten also von entsprechenden Meinungstrends über einen Zeitraum von zwölf Jahren. Ebenso schreiben wir die Entwicklungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über einen Zeitraum von 2002 bis 2014 fort. Damit ist dieser Bericht gleichermaßen Mitte-Studie und Monitor des Deutschen Zustandes.

Grenzen der Studie

Mit einer empirischen Studie, wie sie hier vorgelegt wird, können wir eine Beschreibung von menschenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen sowie dem Verhältnis von Bürgern zu ihrer Demokratie nach den besten ge-

³ Eine ausführliche Beschreibung des Untersuchungsdesigns, der Methodik und der Stichprobe bietet Kapitel 2.

genwärtigen wissenschaftlichen Standards abgeben. Und wir können Annahmen prüfen, die letztendlich Erklärungen dafür bieten, warum bestimmte Gruppen anfällig oder geschützt davor sind, antidemokratischen Meinungen zuzustimmen.

Wir können aber nicht alle Nischen der Gesellschaft ausleuchten, in denen sich Gefahren für Grundwerte und -normen ergeben. Hier wird ein Bild über die an sich schon heterogene Mitte abgegeben, kaum etwas über die Mitglieder rechtsextremer Gruppen, die an solchen Studien erst gar nicht teilnehmen, weil das Risiko, sich dadurch selbst in Schwierigkeiten zu bringen, zu groß wäre. Für diesen Bereich gibt es in Deutschland andere Forschungsarbeiten. Sehr wohl können wir allerdings einen Teil der Rechtsextremismusforschung in die Analyse einfließen lassen, denn schließlich machen die Befragten Aussagen darüber, wie sehr sie die Ideologien und Affekte des rechten Spektrums (mehr oder minder bewusst) teilen, und wie sie sich selbst gegenüber dem Rechtsextremismus verhalten beziehungsweise ihm gegenüber eingestellt sind.

Die Studie konzentriert sich auf Einstellungen, Überzeugungen und Ideologien mit ihren kognitiven, affektiven und verhaltensbezogenen Facetten. Direkte Hass-Taten oder diskriminierendes Handeln können Umfragen nur äußerst begrenzt erfassen. Die Behauptung allerdings, dass Einstellungen nur Gedanken seien und mit Handlungen nichts zu tun hätten, ist seit vielen Jahren durch die Forschung widerlegt. Es gibt keine einzige Hass-Tat von rechtsextrem orientierten Personen oder Gruppen und auch keine Hass-Reden von »Durchschnittsbürgern« ohne eine menschenfeindliche Einstellung, die dem zugrunde liegt.

Wir müssen auch davor warnen, einzelne Aussagen, die rechtsextreme, menschenfeindliche oder andere Überzeugungen messen, aus dem Kontext der anderen Aussagen, die diese messen herauszulösen und allein an einer einzelnen Aussage Tendenzen abzulesen. Rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungen werden immer durch einen Satz an Zustimmungen zu Aussagen gemessen. Wir versuchen hier also nicht, einzelne Meinungen zu berichten, sondern im besten Falle politische Argumentationsmuster, Schemata gewissermaßen, die Bürger in Bezug auf ihre gesellschaftliche Umwelt haben.

Mit Blick auf die Praxis versuchen wir am Ende, Vorschläge für Konzepte der politischen Bildung zu formulieren. Wir werden allerdings keine einzelnen konkreten politischen, rechtlichen oder sozialen Projekte entwickeln. Durch die Auswertung der Daten können aber Projekte nahegelegt werden, indem zum Beispiel Muster und Ursachen rechtsextremer und menschenfeindlicher Meinungen geprüft werden. Wir würden uns freuen, wenn Praxisprojekte dies aufgriffen und den Bericht in ihre Entwicklungen einbezögen. Als Wissenschaftler_innen und als Autor_innen dieser Studie sagen wir am Ende nicht, was die Gesellschaft tun oder unterlassen soll. Eine kohäsive und integrative Gesellschaft kann das in den Debatten, die Studien wie diese auslösen, selbst am besten.

4 Menschenfeindliche Zustände

Anna Klein, Eva Groß, Andreas Zick

Eine wesentliche Gefahr für das Zusammenleben in Demokratien ist das Einsickern von Ungleichwertigkeitsideologien in Gesellschaften. Vorurteile, negative Stereotype, feindselige Emotionen und diskriminierende Handlungsabsichten gegenüber Gruppen spiegeln die Überzeugung wider, dass Gruppen in der Gesellschaft nicht gleichwertig sind. Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist daher neben und zusammen mit rechtsextremen Einstellungen eine massive Gefahr für die Demokratie, weil sie dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht und Gruppen der Feindseligkeit aussetzt. Menschenfeindlichkeiten können einen Zustand erzeugen, in dem Ungleichwertigkeit als Normalität wahrgenommen wird.

Seit vielen Jahren untersuchen wir diese Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (siehe zum Beispiel Groß, Zick & Krause 2012). Sie ist nach vielen Definitionen aus der Rechtsextremismusforschung und nach Beobachtungen rechtsextremer Milieus und ihrer Propaganda ein genuiner Bestandteil des Rechtsextremismus (siehe zum Beispiel Heitmeyer 1987; Stöss 2007; Decker & Brähler 2006). Wie sehr rechtsextrem orientierte Gruppen und Personen feindselig gegenüber Gruppen sind, die als Minderheiten, Außenseiter, Abweichler und so weiter stigmatisiert werden, liegt auf der Hand.

Unterschiede zwischen den verschiedenen Forschungsansätzen gibt es allerdings in Bezug auf die Frage, welche Menschenfeindlichkeiten prägend sind für ein rechtsextremes Überzeugungssystem. So nehmen zum Beispiel Stöss (2007) und Decker/Brähler (2006) nur die Abwertungen gegenüber bestimmten Gruppen in den Blick, wie die Fremdenfeindlichkeit und den Antisemitismus.

Wir dagegen sind der Meinung, dass auch viele andere Feindseligkeiten gegenüber Gruppen den Rechtsextremismus prägen können, und auch unabhängig von rechtsextremen Überzeugungen in der Gesellschaft weit verbreitet sind und damit ein starkes Potential einer antidemokratischen Kultur darstellen. Menschenfeindlichkeit bietet eine Grundlage für rechtsextreme Milieus besonders dann, wenn sie in der Gesellschaft verbreitet ist und rechtsextreme Milieus sich auf sie beziehen können. Feindselige und abwertende Einstellungen gegenüber Einwanderern, Juden, Muslimen, Obdachlosen und Arbeitslosen sowie verschiedenen anderen Gruppen bezeichnen wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (siehe Heitmeyer & Mansel 2008; Zick et al. 2008/2011). Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie sich auf verschiedene Gruppen in der Gesellschaft bezieht, die als schwach, abweichend, nicht normal oder fremd und so weiter markiert werden. Gleichzeitig weist sie einen gemeinsamen Kern auf, der sich als Ideologie der Ungleichwertigkeit beschreiben lässt (ebd.). Wir sprechen von einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, weil die Feindseligkeit gegenüber einer bestimmten Gruppe in der Regel mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Feindseligkeiten gegen andere Gruppen einhergeht. Die Verbindung der verschiedenen Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit untereinander zeigt sich empirisch dadurch, dass beispielsweise Personen mit fremdenfeindlichen Einstellungen auch vermehrt zu sexistischen Meinungen oder zu abwertenden Meinungen gegenüber wohnungslosen Menschen tendieren (Zick et al. 2008; Bäckström & Björklund 2007). Es ist daher aus unserer Sicht auch nicht sinnvoll, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen als Bestandteil rechtsextremer Orientierungen zu betrachten, abwertende Einstellungen gegenüber anderen schwachen Gruppen jedoch nicht. Vielmehr ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit ein wichtiger Bestandteil rechtsextremer Orientierungen, und diese kann in verschiedenen Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hervortreten. Dass sich die Ideologie der Ungleichwertigkeit im rechtsextremen Meinungsbild nicht nur in Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ausdrückt, sondern auch andere schwache Gruppen betrifft, zeigen beispielsweise Statistiken zu den Opfern rechtsextremer Gewalt- und Tötungsdelikte (zum Beispiel Zeit online 2013). Menschen mit Behinderung und wohnungslose Menschen wurden in der vergangenen zehn Jahren immer häufiger Ziel rechtsextremer Angriffe (Staud 2013).

Ein Kennzeichen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist ebenso, dass je nach gesellschaftlichem Meinungsklima neue Gruppen in den Fokus der Abwertung geraten können, z. B. wenn eine bestimmte Gruppe durch Meinungsführerinnen und -führer gezielt und medial wirksam stigmatisiert wird (etwa Roma und Sinti) oder wenn sich Wertorientierungen ändern, wie zum Beispiel die immer größere Bedeutung von ökonomistischen Werten mit gravierenden Folgen für langzeitarbeitslose Menschen und andere schwache Gruppen (siehe dazu Groß & Hövermann in diesem Band). Mit anderen Worten: Wenn wir über antidemokratische Mentalitäten in der Gesellschaft etwas wissen möchten und dabei den Blick auf rechtsextreme Einstellungen werfen, dann ist es von entscheidender Bedeutung zu wissen, wie verbreitet die Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft ist. – Für die vorliegende Studie berücksichtigen wir zwölf Facetten der Abwertung als Bestandteile des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (► siehe Abb. 4.1, S. 64).

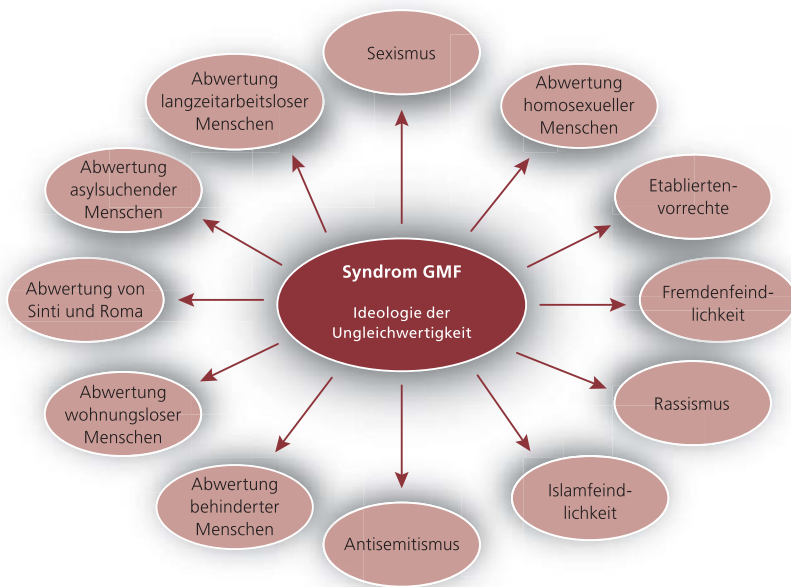
Rassismus beschreibt Einstellungen und Verhaltensweisen, die Abwertungen auf der Grundlage einer biologistisch konstruierten »natürlichen« Höherwertigkeit der Eigengruppen vornehmen.⁹

- *Fremdenfeindlichkeit* bezieht sich auf bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen.
- *Klassischer Antisemitismus* meint Feindseligkeit gegenüber Juden (einschließlich deren Symbole), denen bedrohliche Absichten, »Verschwörung« und »Ausbeutung« unterstellt werden.
- *Abwertung von Menschen mit homosexueller Orientierung (Abwertung von homosexuellen Menschen)* bezeichnet abwertende Einstellungen gegenüber Menschen mit homosexueller Orientierung, weil Homosexualität als Normabweichung und Verstoß gegen geltende Moralvorstellungen verstanden wird.
- *Abwertung von wohnungslosen Menschen* meint die Abwertung von Personen ohne festen Wohnsitz, weil sie den Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nicht nachkommen.

9 Wir verwenden hier einen engen Rassismusbegriff, der nicht ausschließt, dass es auch rassistische Varianten der anderen Facetten gibt. Allerdings unterstellen wir nicht, dass hinter allen Facetten der Menschenfeindlichkeit Rassismus steckt, solange wir das empirisch nicht nachweisen können.

Das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit 12 Facetten im Jahr 2014

Grafik 4.1



- *Abwertung von behinderten Menschen* bezieht sich auf abwertende Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderung, zum Beispiel wenn diese als Kostenfaktor gesehen werden.
- *Islamfeindlichkeit* bezeichnet die Bedrohungsgefühle und Abwertungen von Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.
- *Etabliertenvorrechte* umfassen die von Alteingesessenen beanspruchte raumzeitliche Vorrang- und Vormachtstellung gegenüber »Neuen«, »Zugezogenen« und »Unangepassten«; Etabliertenvorrechte können somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.
- *Klassischer Sexismus* besteht darin, Frauen eine häusliche Rolle zuzuweisen und eine Überlegenheit des Mannes zu behaupten.
- *Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen* ist gegen langzeitarbeitslose Personen gerichtet, die durch den Vorwurf des Missbrauchs von Sozialleis-

tungen, der Faulheit sowie mangelnder Eigenmotivation, etwas gegen ihre Arbeitslosigkeit zu tun, in den Fokus der Feindseligkeit geraten.

- *Abwertung von Roma und Sinti* meint feindselige Einstellungen gegenüber Roma und Sinti, denen Kriminalität, Unangepasstheit und Missbrauch des Sozialstaates vorgeworfen werden.
- *Abwertung von asylsuchenden Menschen* bezieht sich auf die Unterstellung, asylsuchende Personen würden Notlagen nur vortäuschen (siehe Heitmeyer & Mansel 2008; Zick et al. 2012).

Wir gehen somit davon aus, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in allen Facetten als Bestandteil rechtsextremer Orientierungen zu sehen ist, weil der Rechtsextremismus danach trachtet, diese Gruppen als ungleichwertig einzustufen und ihnen mit Gewalt zu begegnen. Über diese verschiedenen Facetten ist der Rechtsextremismus für viele Ausprägungen von Ungleichwertigkeitsideologien anschlussfähig und offen. Erst durch die Offenheit für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten in der Gesellschaft kann sich der Rechtsextremismus den Stimmungslagen der Gesellschaft anpassen. Personen können freilich nicht zwangsläufig als »rechtsextrem« bezeichnet werden, weil sie abwertende Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen vertreten. Weitere Einstellungen beziehungsweise Verhaltensweisen müssen hinzukommen. Ideologien der Ungleichwertigkeit können jedoch ein Indikator für die Offenheit gegenüber Ideen des rechtsextremen Spektrums sein. Sie zeigen in jedem Fall an, dass auf der Einstellungsebene gegen einen zentralen Grundwert demokratischen Zusammenlebens verstoßen wird: die Gleichwertigkeit.

4.1 Die Verbreitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland nach wie vor weit verbreitet ist, können wir auch im Jahr 2014 beobachten. In Tabelle 4.1.1 (→ siehe Tab. 4.1.1) sind die Aussagen, mit denen wir die verschiedenen Facetten erfasst haben, und die Verteilung der Antworten der Befragten aufgeführt. Dabei stoßen einige Aussagen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. So sind über die Hälfte der Befragten der Meinung: »Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.« Damit werden Etabliertenvorrechte markiert.

Auch unterstellt knapp die Hälfte der Befragten langzeitarbeitslosen Menschen, dass sie nicht wirklich an einem Job interessiert seien. Fast ein Fünftel stimmt der Aussage zu: »Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen« und äußert sich klassisch sexistisch. Islamfeindliche Einstellungen werden deutlich, wenn 18 % ein Verbot der Zuwanderung von Muslimen fordern. Auch sind mehr als ein Drittel der Befragten der Ansicht, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland. Ressentiments gegen Roma und Sinti finden wir in der Meinung von 38 % der Befragten, diese Gruppen neigten zu Kriminalität. Dass der Staat bei der Prüfung von Asylanträgen großzügig sein sollte, meint hingegen nur eine Minderheit.

Die Forderung »Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden«, ist für gut 30 % der Befragten zustimmungsfähig, und immerhin 12 % positionieren sich durch die Zustimmung zu der Aussage »Die Weißen sind zurecht führend in der Welt« offen rassistisch. Zustimmung zu klassisch antisemitischen Aussagen wie: »Die Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss« können wir bei gut 10 % der Befragten beobachten. Der Aussage: »Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen« wird von 20 % der Befragten zugestimmt. 7 % meinen, Behinderte erhielten zu viele Vergünstigungen.

Somit zeigt sich insgesamt eine weite Verbreitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der bundesdeutschen Gesellschaft. Die Abwertung, die sich auf verschiedene schwache Gruppen bezieht, ist teilweise mehrheitsfähig und muss deshalb als ein Phänomen der Mitte unserer Gesellschaft betrachtet werden. Sie ist ein Einfallstor rechtspopulistischer und rechtsextremer Stimmungsmacher (► siehe Tab. 4.1.1).

4.2 Sonderauswertung Antisemitismus im September 2014

Im Rahmen der Haupterhebung vom Juni 2014 wurde nur der klassische Antisemitismus erfasst, also die offene und direkte Abwertung von Juden. Sie war auch Bestandteil des Rechtsextremismus, wie in Kapitel 3 beschrieben. Antisemitismus hat allerdings, wie die anderen Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, viele Facetten (Zick 2010). Hierzu gehört vor allem der sekundäre Antisemitismus, der sich in Relativierungen und Verharmlosungen

**Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zur Gruppenbezogenen
Menschenfeindlichkeit im Jahr 2014** (Angaben in Prozent)

Tabelle 4.1.1

| Ich stimme ... → | ... überhaupt nicht zu | ... eher nicht zu | ... eher zu | ... voll und ganz zu |
|--|------------------------|-------------------|-------------|----------------------|
| Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben. | 12,7 | 26,5 | 34,1 | 26,7 |
| Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind. | 35,5 | 24,7 | 20,5 | 19,4 |
| Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden. | 21,3 | 34 | 26,7 | 18,1 |
| Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. | 16,8 | 21,4 | 25,1 | 36,7 |
| Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. | 72,9 | 15,6 | 6,3 | 5,2 |
| Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen. | 60,9 | 20,7 | 10,6 | 7,7 |
| Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenem Land. | 44,3 | 24,2 | 15,7 | 15,8 |
| Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. | 58,4 | 23,4 | 10,9 | 7,3 |
| Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein | 25,2 | 36,8 | 25,5 | 12,5 |
| Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt. | 20,5 | 37,3 | 27,1 | 15 |
| Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu. | 37 | 42,1 | 14,4 | 6,5 |
| Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden. | 38,5 | 30,8 | 16 | 14,7 |
| Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen. | 75,8 | 16,9 | 4,6 | 2,6 |

| Ich stimme ... → | ... überhaupt nicht zu | ... eher nicht zu | ... eher zu | ... voll und ganz zu |
|--|------------------------|-------------------|-------------|----------------------|
| Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben. | 75,7 | 18 | 4,2 | 2,1 |
| Es ist ekelhaft wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen. | 63,3 | 16,5 | 8,3 | 12 |
| Homosexualität ist unmoralisch. | 74,4 | 14,1 | 4,8 | 6,8 |
| Es leben zu viele Ausländer in Deutschland. | 36,5 | 26,4 | 20,2 | 16,9 |
| Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken. | 53,9 | 27,9 | 10 | 8,2 |
| Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss. | 63,4 | 23 | 8,5 | 5,2 |
| Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mit schuldig. | 71,7 | 17,9 | 7,4 | 3 |
| Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten. | 43,3 | 25,6 | 18,9 | 12,2 |
| Sinti und Roma neigen zur Kriminalität. | 31,1 | 30,6 | 24,9 | 13,4 |
| Aussiedler sollten besser gestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind. | 51,8 | 27,8 | 13,9 | 6,6 |
| Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt | 71,6 | 16,3 | 6,5 | 5,6 |

bis hin zur Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus an Juden ausdrückt und einen Schlussstrich unter das Thema deutsche Schuld ziehen will. Aktuell tritt Antisemitismus in besonderem Maße als »transformierter Antisemitismus« in Erscheinung, in einer sogenannten Umwegkommunikation, nämlich in Form von Kritik an Israel, die viele nicht antisemitisch finden. Der Staat Israel wird dämonisiert und delegitimiert durch die Unterstellung, er handle unberechtigt. Dazu werden antisemitische Stereotype verwendet und Parallelen zu den Greueln in der Zeit des Nationalsozialismus gezogen. Es ist also ein auf Israel

gerichteter Antisemitismus, der Vergleiche mit den Nationalsozialisten bemüht, womit »die Juden« generell abgewertet werden sollen. Davon zu unterscheiden ist natürlich eine Kritik an Israel, die nicht auf antisemitische Bilder oder Motive rekurriert.

Im Jahr 2004 haben wir im Rahmen der Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit eine zuverlässige Messung der Facetten des transformierten Antisemitismus entwickelt. Sie wurden in der vorliegenden Hauptstudie zunächst nicht berücksichtigt. Die Massivität und die Art der Proteste gegen den Militäreinsatz im Gaza-Gebiet im Sommer 2014 lassen allerdings die Notwendigkeit einer genaueren Betrachtung des Antisemitismus geboten erscheinen. Bei den Protesten wurde deutlich, wie sehr eine antisemitische Israelkritik in allen Bevölkerungsschichten zum Protest gegen das Handeln des Staates Israel herangezogen wurde (siehe auch Zick 2014). Um diese Einstellungen in einen Bericht über die Facetten rechtsextremen Denkens und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzubinden, haben wir vom 7. bis zum 14. September 2014 eine Zusatzumfrage unter 505 Befragten (46,9 % Frauen, 41,4 % Männern) zu verschiedenen Formen des Antisemitismus durchgeführt. Die Stichprobe ist deutlich kleiner als unsere Hauptstichprobe¹⁰, aber in ihrer demografischen Zusammensetzung entspricht sie nach Alter, Geschlecht und Herkunft nahezu einer repräsentativen Stichprobe. Die Erhebung misst noch einmal – aber eben in einer anderen Stichprobe – die beiden Aussagen zum traditionellen Antisemitismus, die damit zur Erhebung im Frühsommer vor den Protesten vergleichbar ist (► siehe Tab. 4.1.1, S. 67 f.). Darüber hinaus ist sie in fast allen Facetten vergleichbar mit den Daten der GMF-Erhebung des Jahres 2004, die 10 Jahre zurückliegt. In Tabelle 4.2.1 (► siehe S. 70 f.) sind die Häufigkeiten der Zustimmung und Ablehnung zu den drei Messzeitpunkten 2004, Juni 2014 und September 2014 aufgeführt, soweit vergleichbare Daten vorliegen.

10 Die Beantwortung der Fragen zu den zusätzlich erhobenen Formen des Antisemitismus wurde von überdurchschnittlich vielen Befragten bei der Telefonumfrage im September verweigert. In der zur Verfügung stehenden Zeit konnten daher für eine repräsentative Stichprobe nur 500 statt den ursprünglich geplanten 1.000 Interviews erzielt werden.

**Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zu verschiedenen Facetten
des Antisemitismus in 2004, im Juni 2014 und im September 2014**

(Angaben in Prozent)

Tabelle 4.2.1

| Ich stimme ... → | | ... über- haupt nicht zu | ... eher nicht zu | ... eher zu | ... voll und ganz zu |
|--|-------------------|--------------------------------|----------------------|----------------|----------------------------|
| Klassischer Antisemitismus | | | | | |
| Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss. | 2004 | 43,6 | 34,9 | 10,9 | 6,3 |
| | Juni 2014 | 63,4 | 23 | 8,5 | 5,2 |
| | Sept. 2014 | 60 | 24,7 | 8,8 | 6,5 |
| Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mit schuldig. | 2004 | 50,4 | 32,2 | 11,1 | 6,3 |
| | Juni 2014 | 71,7 | 17,9 | 7,4 | 3 |
| | Sept. 2014 | 58,6 | 23,4 | 12,3 | 5,7 |
| Sekundärer Antisemitismus | | | | | |
| Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden. | 2004 | 11,9 | 19,8 | 23,8 | 44,5 |
| | Sept. 2014 | 28,6 | 16,5 | 25,4 | 29,6 |
| Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören. | 2004 | 14,6 | 23,2 | 20,9 | 41,3 |
| | Sept. 2014 | 30 | 21,2 | 21,4 | 27,4 |
| Israelbezogener Antisemitismus | | | | | |
| Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer. | 2004 | 23,1 | 45,2 | 19,1 | 12,6 |
| | Sept. 2014 | 51,6 | 28,4 | 14 | 6,1 |
| Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat. | 2004 | 18,9 | 36,8 | 28,9 | 15,5 |
| | Sept. 2014 | 39,9 | 32,3 | 21,6 | 6,3 |
| NS-vergleichende Israelkritik | | | | | |
| Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser. | 2004 | 7,6 | 24 | 33,2 | 35,1 |
| | Sept. 2014 | 25,9 | 34,2 | 25,5 | 14,4 |
| Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben. | 2004 | 18,8 | 30 | 23,9 | 27,3 |
| | Sept. 2014 | 48,6 | 24,2 | 16,6 | 10,5 |

| Ich stimme ... → | | ... über- haupt nicht zu | ... eher nicht zu | ... eher zu | ... voll und ganz zu |
|---|-------------------|--------------------------------|----------------------|----------------|----------------------------|
| Israelkritische Einstellung | | | | | |
| Ich werde wütend, wenn ich daran denke, wie Israel die Palästinenser behandelt. | 2004 | 4 | 14,2 | 37,5 | 44,4 |
| | Sept. 2014 | 16,6 | 23,6 | 30,1 | 29,7 |
| Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt. | 2004 | 3,9 | 10 | 34,5 | 51,5 |
| | Sept. 2014 | 12 | 19,4 | 33 | 35,6 |

Die Tabelle macht deutlich, dass sowohl 2004 als auch im September 2014 die neuen Facetten des Antisemitismus sehr viel mehr Zuspruch erhalten als der klassische Antisemitismus. Der klassische Antisemitismus nimmt im Vergleich zu 2004 ab, allerdings nimmt er zwischen Juni und September 2014 – also nach dem Beginn des Gaza-Einsatzes – in der dann gezogenen Stichprobe wieder zu. Juden wird mehr Einfluss und eine Mitschuld an ihrer Verfolgung unterstellt. Besonders deutlich ist der Anstieg in der Zuschreibung einer Mitverantwortung an der Verfolgung von Juden, bei der die Zustimmung nun knapp über dem Wert von 2004 liegt (allerdings statistisch nicht signifikant). Und dies, obwohl in den Medien intensiv über die verbalen und physischen Hass-Taten gegen Juden und jüdische Einrichtungen berichtet wurde.

Noch stärker als die traditionelle Facette findet im September 2014 der sekundäre Antisemitismus Zuspruch. Knapp über 50 % der Befragten tun ihren Ärger darüber kund, dass »den Deutschen die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden«. Und noch immer meint fast die Hälfte der Befragten, dass sie es leid seien, »immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden« zu hören. Hier kommt deutlich eine Schlussstrich-Mentalität zum Ausdruck. Auch der Zuspruch zum israelbezogenen Antisemitismus ist im Vergleich zu 2004 geringer geworden, aber er liegt mit über 20 % der Befragten relativ hoch und deutlich über dem klassischen Antisemitismus. Noch stärker ausgeprägt ist der NS-Vergleich, also der Vergleich des israelischen Handelns mit den Verbrechen der Nationalsozialisten. Fast 40 % meinen, dass Israel einen »Vernichtungskrieg« führe, und mehr als jeder vierte Befragte sieht sogar Parallelen zwischen dem staatlichen Handeln Israels und dem Handeln der Nazis. Weit über die Hälfte

der Befragten äußert im September 2014 eine klare Israelkritik, die sich keiner antisemitischen Stereotype oder Bilder bedient. Interessant ist dabei aber, dass die israelkritischen Einstellungen¹¹ mit der Meinung korrelieren, dass Israel »einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« führe (.33***). Das heißt, die Israelkritik, die scheinbar keinen direkten Bezug zum Antisemitismus hat, geht bei einigen Befragten dennoch mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einher, einer antisemitischen Aussage zuzustimmen, die den Einsatz gegen palästinensische Terroristen mit dem Handeln der Nazis gegen Juden vergleicht. Hier deutet sich eine Entdifferenzierung von Antisemitismus und Israelkritik an, die nicht unproblematisch ist.

4.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in demografischen Gruppen

Die Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterscheidet sich in verschiedenen Gruppen der Gesellschaft teilweise erheblich. Wir vergleichen im Folgenden die Zustimmung zu den zwölf Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in unterschiedlichen demografischen Teilgruppen der Gesellschaft. Dabei beziehen wir uns auf die durchschnittliche Zustimmung der Befragten zu jeweils zwei Aussagen, mit denen wir jede Facette Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfasst haben.¹² Von Interesse ist wiederum die Ausprägung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland, getrennt nach verschiedenen Altersgruppen und nach Geschlecht (☞ siehe Tab. 4.3.1).

Die Verteilung menschenfeindlicher Einstellungen in Tabelle 4.3.1 zeigt, dass diese unter Personen aus Ostdeutschland fast durchgehend stärker verbreitet sind als unter Westdeutschen, auch im Vergleich zum Durchschnitt. Dies gilt nicht für sexistische Einstellungen und für die Abwertung von Menschen mit Behinderung. In dieser Klarheit war das durchaus nicht zu erwarten, denn für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Unterschied zu rechtsextremen

11 Hier als Gesamtmaß, gebildet über eine Mittelwertskala (☞ siehe Glossar) aus den beiden Aussagen zur Israelkritik.

12 Dabei ist die Zustimmung zu einer Dimension dann gegeben, wenn eine Person einen Wert von mindestens 3 auf einer vierstufigen Skala erreicht, also mindestens beiden Aussagen eher zustimmt oder einer Aussage voll und ganz zustimmt und eine Aussage eher ablehnt.

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und differenziert nach Ost- und West (Angaben in Prozent) **Tabelle 4.3.1**

| | Gesamt (n = 1.915) | West (n = 1.483) | Ost (n = 385) |
|---|------------------------------|----------------------------|-------------------------|
| Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen | 47,8 | 46,3 | 55,4 |
| Rassismus | 8,7 | 8,1 | 11 |
| Fremdenfeindlichkeit | 20 | 18,2 | 26,9 |
| Antisemitismus | 8,5 | 7,8 | 11,6 |
| Abwertung behinderter Menschen | 4,1 | 4 | 4 |
| Abwertung homosexueller Menschen | 11,8 | 10,5 | 15,3 |
| Abwertung wohnungsloser Menschen | 18,7 | 17,1 | 22,9 |
| Etabliertenvorrechte | 38,1 | 37,6 | 41,6 |
| Sexismus | 10,8 | 10,9 | 10,2 |
| Abwertung asylsuchender Menschen | 44,3 | 42,4 | 52,8 |
| Abwertung von Sinti und Roma | 26,6 | 24,5 | 35,1 |
| Islamfeindlichkeit | 17,5 | 16 | 23,5 |

Einstellungen konnten wir mehrfach zeigen, dass Ostdeutsche der Abwertung zum Beispiel von behinderten Menschen, aber auch von anderen schwachen Gruppen nicht zwangsläufig häufiger zustimmen. Im Jahr 2009 ließen sich beispielsweise keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hinsichtlich antisemitischer, rassistischer und homosexuellenfeindlicher Einstellungen feststellen (siehe Heitmeyer 2009). Auch bei der Abwertung von langzeitarbeitslosen Personen und der Einforderung von Etabliertenvorrechten lagen keine Unterschiede vor, während wir stets eine höhere Fremdenfeindlichkeit bei Befragten aus Ostdeutschland dokumentieren konnten (ebd.).

Immer wieder zeigt sich hingegen die Bedeutung des Bildungsniveaus für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Es gilt: Je höher der formale Abschluss, desto niedriger die Zustimmung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Auch in der Befragung im Jahr 2014 finden wir signifikante Unterschiede zwi-

schen Personen mit und ohne Abitur für alle Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (ohne Tab.).

Darüber hinaus ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit keinesfalls ein männliches Phänomen (siehe Tab. 4.3.2). Im Gegenteil lässt sich zeigen, dass Frauen fremdenfeindliche Einstellungen und abwertende Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen sowie Sinti und Roma häufiger vertreten als Männer.

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Männern und Frauen (Angaben in Prozent)

Tabelle 4.3.2

| | Männer (n = 905) | Frauen (n = 1.007) |
|---|----------------------------|------------------------------|
| Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen | 44,6 | 50,9 |
| Rassismus | 9 | 8,5 |
| Fremdenfeindlichkeit | 17,6 | 22,1 |
| Antisemitismus | 9,1 | 8 |
| Abwertung behinderter Menschen | 4,8 | 3,6 |
| Abwertung homosexueller Menschen | 13,2 | 10,6 |
| Abwertung wohnungsloser Menschen | 16,2 | 21 |
| Etabliertenvorrechte | 35,9 | 40,3 |
| Sexismus | 9,3 | 12,3 |
| Abwertung asylsuchender Menschen | 44,3 | 44,5 |
| Abwertung von Sinti und Roma | 22,7 | 30,2 |
| Islamfeindlichkeit | 18,1 | 17 |

Frauen sind auch nicht weniger sexistisch eingestellt als Männer sondern mehr. Dieser nicht nur auf den ersten Blick erstaunliche Befund verdeutlicht, dass es auch zahlreiche Frauen gibt, die die häusliche Rolle der Frau positiv sehen und sich auf diese zurückziehen möchten. Männliche Befragte stimmen hingegen häufiger homophoben Aussagen zu.